

# Schulische und politische Partizipation von Jugendlichen

Welchen Einfluss haben Schule, Familie und Gleichaltrige auf die politische Teilhabe Heranwachsender?

*Oliver Böhm-Kasper*



Juniorprofessor  
Oliver Böhm-Kasper  
Bergische Universität Wuppertal

### Zusammenfassung

Der Schule wird neben der Vermittlung von Wissen und Kompetenzen auch die Aufgabe der Einführung in das demokratische Grundprinzip der Gesellschaft übertragen. Durch die Eröffnung der Möglichkeit schulischer Mitbestimmung und Mitwirkung kann Schule zudem als Lern- und Übungsfeld für demokratische Erfahrungen angesehen werden. Ob die Ermöglichung schulischer Partizipation auch Einfluss auf die allgemeine politische Partizipation von Jugendlichen hat, wird durch die Analyse eines Jugendsurveys mit rund 4.700 Schülerinnen und Schülern im Alter von 13-16 Jahren aus Nordrhein-Westfalen und Sachsen-Anhalt untersucht. Zudem wird die Rolle des Elternhauses und der Gleichaltrigengruppe bei der Beeinflussung von Aspekten der politischen Identität Jugendlicher in den Blick genommen.

Die Ergebnisse zeigen, dass schulische Partizipationsgelegenheiten in nur schwachem Zusammenhang mit der politischen Partizipation von Jugendlichen stehen. Eine weitaus höhere Bedeutung ist den Einflüssen von Elternhaus und Freundesgruppe zuzuschreiben.

*Schlagwörter:* Schulische Partizipation, Politische Partizipation, Politisches Interesse, Politische Sozialisation

### Abstract

Research on school outcomes should not only focus on student achievement and competencies but also on civic education and the understanding of democracy. Active participation of students in school can play an important role in the civic education process. In this study the question is asked if students who participate in school affairs show higher engagement in civic activities? Furthermore the influence of family and peer groups related to civic engagement of students is analysed. This report provides results of a survey administered in two german federal states (Nordrhein-Westfalen and Sachsen-Anhalt) with about 4.700 students aged 13 to 16 years. The results indicate a slight relation between school participation and political engagement, whereas family and peer group influences show higher evidence.

*Keywords:* Participation in school, Political Engagement, Political Interest, Political Socialisation

## 1. Einleitung

Schule wird in einer traditionellen Auffassung als Ort angesehen, an dem der Erwerb von Kompetenzen und Qualifikationen im Vordergrund steht (vgl. *Eder* 1995, S. 13). Doch „Bildung besteht aus mehr als aus kognitiven Kompetenzen, Bildungseinrichtungen vermitteln mehr als Kompetenzen und Abschlüsse, die Kompetenzerwerb zertifizieren. Institutionalisierte Bildung leistet auch (...) einen Beitrag dazu, den sozialen Zusammenhalt in einer Gesellschaft zu fördern. Insbesondere Schulen sollen dazu beitragen, junge Menschen so zu bilden, dass sie die Bereitschaft und auch die Fähigkeit entwickeln, für sich selbst, für andere und für die Gesellschaft insgesamt Verantwortung zu übernehmen“ (*Avenarius* u.a. 2003, S. 235).

Schule kommt vor diesem Hintergrund eine besondere Bedeutung zu: Neben der Vermittlung von Kompetenzen und Qualifikationen hat sie auch die Aufgabe, Lern- und Übungsfeld für Demokratie zu sein und damit das demokratische Grundprinzip des gesellschaftlichen Systems den heranwachsenden Mitgliedern nahe zu bringen. Vor diesem Hintergrund erscheint der Einbezug der politischen Bildung in das Curriculum der allgemein bildenden Schulen und die Ermöglichung demokratischer Erfahrungen im Rahmen schulischer Mitbestimmung nur konsequent. Zudem bildet die Schule als Teil einer demokratisch verfassten Gesellschaft einen jener Lebensorte, an denen eine demokratische Alltagskultur auch jenseits formaler Mitbestimmungs- und Mitwirkungsrechte Platz greifen sollte (vgl. *Eder* 1998, S. 14).

Der im vorangegangenen Satz gewählte Konjunktiv macht jedoch deutlich, dass diese Sichtweise eine pädagogische Zielvorstellung beinhaltet, die längst nicht als selbstverständliche Lebensform in den Schulen verankert ist. Im Hinblick auf Schülerpartizipation und Demokratie konstatiert *Keuffer* (1996) gar weitgehend uneingelöste Versprechen von Schulreformen.

Inwieweit Schule tatsächlich dem Anspruch eines Lern- und Übungsfeldes für demokratisch-politische Verhaltensweisen gerecht wird, soll Gegenstand der nachfolgenden Ausführungen sein. Dazu wird zunächst der Frage nachgegangen, ob ein Zusammenhang zwischen der Eröffnung schulischer Partizipationschancen und beobachtbarer demokratischer Willensbekundungen (politische Partizipation) bei Jugendlichen besteht. Weiterhin kann vermutet werden, dass in der Schule wahrgenommene Teilhabemöglichkeiten auch das politische Interesse von Jugendlichen positiv beeinflussen.

Die „Politisierung des Menschen“ (*Claußen/Geissler* 1996) vollzieht sich jedoch nicht nur im Schulsystem, sondern auch in weiteren Sozialisationsinstanzen wie dem Elternhaus, den Massenmedien und der Gleichaltrigengruppe (vgl. *Oesterreich* 2002, S. 84f.).

Auf der Basis eines Jugendsurveys (*Helsper* u.a. 2006) soll daher zudem die Frage analysiert werden, welche Bedeutung – neben der Schule – den Sozialisationsinstanzen Familie und Gleichaltrigengruppe für die politische Teilhabe und das politische Interesse von Jugendlichen im Alter von 13 bis 16 Jahren zuzuschreiben ist.

## 2. Schulische und außerschulische Einflussfaktoren auf das politische Interesse und die politische Partizipation von Jugendlichen: Erklärungsansätze und Befunde

Die Analyse des politischen Interesses und damit verbundener Bedingungsfaktoren gehört zum Standardrepertoire der Untersuchung politischer Orientierungen von Jugendlichen (vgl. *Schneider* 1995, S. 278). Als gesicherte Befunde können eine Reihe von deskriptiven Ergebnissen gelten, die sich über die verschiedenen Studien hinweg als stabil erweisen: Das politische Interesse ist im Allgemeinen stärker ausgeprägt je älter die untersuchten Jugendlichen sind und je höher ihre formale Bildung ist (vgl. *Tourney-Purta* u.a. 2001). Der Alterseffekt lässt sich recht einfach aus dem Zugewinn an politischen Handlungsmöglichkeiten und der daraus resultierenden Auseinandersetzung mit Politik ab dem Alter von 18 Jahren erklären. Dieser altersbedingte Entwicklungsverlauf des politischen Interesses vollzieht sich dabei unabhängig vom Bildungsabschluss (vgl. *Schneider* 1995, S. 281).

Viele, auch internationale, Studien lassen zudem erkennen, dass männliche Jugendliche ein höheres generelles politisches Interesse angeben als ihre Alterskameradinnen. Die Studie "Citizenship and Education in Twenty-Eight Countries" (*Tourney-Purta* u.a. 2001) zeigt jedoch, dass dieser Befund für die Altersgruppe der 14jährigen Jugendlichen nicht in allen untersuchten Ländern Bestand hat. Differenziertere Betrachtungen in neueren Studien führen die beobachtbare Geschlechterdifferenz im allgemeinen politischen Interesse auf ein unterschiedliches Politikverständnis zwischen Mädchen und Jungen zurück: Während das männliche Politikverständnis eher instrumentell, konkurrenz- und machtorientiert erscheint, wird dem weiblichen Politikverständnis eine stärkere Prägung durch Empathie, Kooperation und einer ganzheitlichen Sichtweise von Problemen zugeschrieben. Wird die Globalfrage nach dem politischen Interesse durch Fragen nach dem Interesse an speziellen politischen Themen wie Umweltschutz, Frieden und Dritte-Welt-Problemen ersetzt, so zeigen weibliche Jugendliche in Deutschland höhere Werte im politischen Interesse als männliche Jugendliche (vgl. *Oswald/Schmid* 1998, *Kuhn/Schmid* 2004). *Reinders* (2001) konstatiert in seiner Zusammenschau der Forschungslage kritisch, dass die Validität des Indikators „Politisches Interesse“ als Globalmaß für die politische Unterstützung insgesamt in Zweifel gezogen werden muss. Die oftmals beobachtete geringe Ausprägung des politischen Interesses bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen scheint der undifferenzierten Fragestellung geschuldet zu sein, die eher die Relevanz von Politik in der jugendlichen Lebenswelt widerspiegelt als die Bereitschaft zur Unterstützung der demokratischen Ordnung (vgl. ebd.).

Ein in der Nachwendeforschung speziell für Deutschland immer wieder beobachtbares Ergebnis bezieht sich auf die unterschiedlich hohe Ausprägung des politischen Interesses zwischen Ost- und Westdeutschland. Das geringere Interesse an Politik wird – auch bei Einbezug weiterer erklärender Variablen wie Alter, Geschlecht und Bildungsgrad – jeweils im Osten der Bundesrepublik verortet (vgl. *Reinders* 2001, S. 25). Kritisch be-

trachtet erfolgt die Analyse innerdeutscher Differenzen auf einem hoch aggregierten Niveau und nimmt die Entwicklung politischer Orientierungen von Jugendlichen nur vor dem Hintergrund makrosozialer Bedingungen in den Blick. *Reinders* (2001, S. 38) weist in diesem Zusammenhang zurecht auf eine dreifache Entkontextualisierung des Individuums in der Jugendforschung hin: Es ist zum einen die Ausblendung der mikrosystemischen Eingebundenheit der Jugendlichen (soziale Entkontextualisierung) zu beobachten, zum zweiten eine Nichtberücksichtigung des komplexen Geflechts psychischer Prozesse der Adoleszenz (psychische Entkontextualisierung) zu erkennen und zum dritten auf die wenig beachtete Tatsache hinzuweisen, dass Jugendliche nicht nur auf die sie umgebenden Bedingungen reagieren, sondern ihre Möglichkeiten und Chancen aktiv nutzen können (biographische Entkontextualisierung). Eine diese Kritikpunkte ernst nehmende Jugendforschung sollte nicht nur eine Synthetisierung vorhandener soziologischer und psychologischer Konzepte leisten, sondern auch eine eigenständige pädagogische Theorie der politischen Sozialisation entwickeln (vgl. ebd., S. 39) und mittels einer Triangulation quantitativer und qualitativer Forschungsmethoden (vgl. *Krüger/Pfaff* 2004) eine Rekontextualisierung des jugendlichen Subjektes vorantreiben.

In der Jugendforschung wird neben dem politischen Interesse auch die Partizipation der Jugendlichen an den unterschiedlichsten Formen politischer Meinungsäußerungen in den Blick genommen. Der Begriff der politischen Partizipation hat dabei in den letzten Jahrzehnten einen Bedeutungswandel erfahren und wird zunehmend weiter gefasst. *Kaase* (1991, S. 471) subsumiert unter politischer Partizipation ein „auf kollektive Ziele hin orientiertes soziales Verhalten, das in einem komplexen Zusammenspiel zwischen institutionellen Strukturen, konkreten politischen Ereignissen, Gruppeneinbindung und individuellen Merkmalen zustande kommt“. Was bedeutet es aber, wenn im Folgenden von politischer Partizipation 13- bis 16jähriger Jugendlicher gesprochen wird? Legt man die Beteiligung am politischen Geschehen, wie wir sie aus der Erwachsenenwelt kennen, zugrunde, dann ist Politik für diese Altersgruppe zweifelsohne etwas in der Zukunft Liegendes (z.B. wählen gehen oder für politische Ämter kandidieren). Im Rahmen des breiteren Verständnis politischen Handelns sind jedoch auch solche Verhaltensweisen per se politisch, die nicht auf individuelle sondern auf kollektive Zwecke hin ausgerichtet sind und die bei Jugendlichen als Vorformen politischen Handelns angesehen werden können (vgl. *Oesterreich* 2002, S. 63).

Als Proxy-Indikatoren der politischen Partizipation werden in der Forschung oft „... auch die von den Befragten in Erwägung gezogenen Verhaltensweisen, ihre politischen Verhaltensbereitschaften herangezogen“ (*Schneider* 1995, S. 303) und entsprechende Bedingungsanalysen durchgeführt. Die Ergebnisse der Jugendsurveys des Deutschen Jugendinstituts (vgl. *Hoffmann-Lange* 1995, *Gille/Krüger* 2000) zeigen jedoch, dass Verhaltensbereitschaften und tatsächliches Verhalten bei verschiedenen Formen politischer Partizipation deutlich voneinander abweichen. Im Spektrum der im DJI-Jugendsurvey untersuchten Verhaltensbereitschaften steht die Beteiligung an Wahlen an erster Stelle bei den befragten Jugendlichen. Aber auch beim tatsächlichen Verhalten findet die Ausübung des Wahlrechts die höchste prozentuale Zustimmung. (vgl. *Gaiser/de Rij-*

ke 2000, S. 272f.) Weitere bevorzugte und tatsächlich durchgeführte Partizipationsformen sind die Beteiligung an Unterschriftensammlungen, die Teilnahme an genehmigten Demonstrationen, die Mitarbeit in Mitbestimmungsgremien und die Teilnahme an öffentlichen Diskussionen.

Die für das allgemeine politische Interesse Jugendlicher bereits aufgeführten Bedingungsfaktoren werden in der Jugendforschung auch für die Vorhersage der politischen Partizipation Jugendlicher angewandt. Im Gegensatz zum politischen Interesse differenzieren Geschlecht und Alter bei der Vorhersage politischer Partizipation kaum. Lediglich bei illegalen Formen politischer Partizipation sind es eher die Jüngeren, die eine erhöhte Bereitschaft für derartige Aktivitäten angeben (vgl. ebd., S. 281).

Internationale Befunde (*Tourney-Purta* u.a. 2001) lassen erkennen, dass die politische Beteiligung und das soziale politische Engagement von Jugendlichen nicht nur mit dem eigenen Bildungsgrad korreliert sondern auch in einem Zusammenhang mit dem Bildungsniveau der Eltern steht (vgl. *Oesterreich* 2002, S. 217). Interessant ist diesem Zusammenhang die Beobachtung, dass trotz des generell gestiegenen Bildungsniveaus in den westlichen Industriestaaten keine damit einhergehende allgemeine Steigerung der politischen Partizipation festzustellen ist, obwohl dies aus dem dargestellten Zusammenhang zwischen Bildungsniveau und politischer Beteiligung zu erwarten wäre (vgl. *Weiss/Rebenstorf* 2003, S. 130). Als mögliche Erklärung für dieses Paradoxon bietet sich eine Sichtweise an, die Partizipation nur noch bedingt als eine Funktion von Bildung versteht. Partizipation erfolgt in diesem Modell nur dann, wenn man sich auch eine Wirkung davon verspricht. Da sich die Einwirkungsmöglichkeiten jedoch nicht in dem gleichem Maße erweitern, wie die Bildung der Bevölkerung zunimmt, ist folgenreiche Beteiligung nach wie vor nur begrenzt möglich; sie ist – in einer ökonomischen Terminologie – ein knappes Gut, um welches immer mehr „Gebildete“ konkurrieren (vgl. ebd., S. 131).

Gilt der Einfluss des Bildungsgrades auf politische Einstellungen von Jugendlichen und Erwachsenen auch als unstrittiges Ergebnis einer Vielzahl empirischer Studien, so ist längst nicht eindeutig geklärt, „worauf sich dieser breit belegte Zusammenhang zwischen Bildung und politischen Haltungen begründet, welche Faktoren innerhalb des Bildungssystems sich hier auswirken“ (*Weiss/Rebenstorf* 2003, S. 129). Mögliche Erklärungsvariablen werden in der Vermittlung des Wissens um politische Fakten (z.B. *Krampen* 1998, *Oesterreich* 2002), in der Erziehung zur Staatsbürgerlichkeit (z.B. *Frazer* 1999) bzw. in der Unterstützung des Demokratielernens (z.B. *Reinhardt/Tillmann* 2002) oder auch in einem demokratischen Schul- und Klassenklima (z.B. *Hahn* 1999) gesehen. Unbestritten ist in diesem Zusammenhang, dass die Teilhabe der Schüler an schulischen Prozessen, wie z.B. Entscheidungen selbst herbeiführen zu können oder in Kooperation mit anderen einen Konsens hinsichtlich der Schulgestaltung zu erreichen, einen wichtigen Aspekt in der Einübung demokratischer Verhaltensweisen darstellt (vgl. *Reinders* 2001, S. 124). Je stärker Schüler in derartige Formen schulischer Partizipation involviert sind, desto höher ist auch ihre Bereitschaft, sich politisch zu engagieren (z.B. zur Wahl zu gehen oder ehrenamtliche Arbeit zu leisten) (vgl. *Tourney-Purta/Richardson* 2002).

Dennoch beantworten diese Befunde nicht in ausreichendem Maße, warum Jugendliche mit höherer formaler Bildung ein stärkeres Interesse an Politik und eine höhere Bereitschaft zur politischen Partizipation aufweisen. Eine Beantwortung dieser Frage könnte der Einbezug weiterer Sozialisationsinstanzen liefern. Insbesondere der enge Zusammenhang zwischen den sozioökonomischen und kulturellen Ressourcen der Herkunftsfamilie und der Wahl der Schulform der Kinder bietet einen möglichen Erklärungsansatz. „In Familien mit höherer Bildung wird mehr diskutiert und mehr Wissen vermittelt“ (Oesterreich 2002, S. 207). So zeigen mehrere empirische Arbeiten übereinstimmend, dass die Entstehung der Dispositionen zur politischen Partizipation in hohem Maße durch die Familie beeinflusst wird: Die politische Aktivitätsbereitschaft von Jugendlichen (darunter wird das politische Interesse, die Bereitschaft zur politischen Informationsaufnahme, zur Teilnahme an Demonstrationen, zur politischen Diskussion mit Andersdenkenden u.ä. subsumiert) steht in einem engen Zusammenhang mit dem manifesten politischen Aktivierungsgehalt der Herkunftsfamilie. Eine Auswertung des „National Household Education Surveys“ in den USA (Niemi/Chapman 1999) macht deutlich, dass die elterliche Partizipationsbereitschaft und das elterliche Interesse an politischen Nachrichten mit einer höheren Partizipationsbereitschaft der befragten Jugendlichen verbunden ist. Der Zusammenhang zwischen familiären Interaktionsstrukturen und der politischen Aktivitätsbereitschaft Jugendlicher wurde von Kötters-König (2002) herausgearbeitet. Vor allem die Funktion der Eltern als Ansprechpartner in politischen Fragen bzw. häufige Gespräche über Politik mit Mutter und Vater liefern einen bedeutsamen Erklärungsbeitrag für die Aktivierungsbereitschaft von Jugendlichen (ebd., S. 202).

Bei der Betrachtung weiterer wirksamer Instanzen politischer Sozialisation in der Adoleszenz nehmen die Gleichaltrigen und die Gestaltung der Freizeit einen immer größer werdenden Raum in der Jugendforschung ein. Dennoch sind im Vergleich zum Kenntnisstand über Gleichaltrige als Sozialisationsinstanz im allgemeinen Sinne die theoretische Modellierung und die empirische Befundlage im Bereich der politischen Sozialisation als wenig ausgearbeitet einzuschätzen (vgl. Reinders 2001, S. 126).

Die latente Sozialisationswirkung von Gleichaltrigengruppen wird vorrangig durch die Verbindung von kultursoziologischen Ansätzen der Jugend(sub)kulturforschung mit Vorstellungen politischer Sozialisation untersucht. „Dabei ist die Idee dominant, „... daß bestimmte, in der Freizeit präferierte Handlungs- und Ausdrucksstile im Zusammenhang zu politischen Orientierungen stehen“ (ebd., S. 128). Ungeklärt bleibt bei dieser Sichtweise jedoch, ob sich durch Gleichaltrigenkontakte in der Freizeit politischen Orientierungen und Werthaltungen entwickeln oder ob die jugendkulturellen Freizeitstile Ausdruck eines individuellen Verhältnisses zur Gesellschaft sind. Diese Fragestellung ist nur durch längsschnittliche Untersuchungen abschließend zu beantworten.

### 3. Analyse des Einflusses von Schule, Familie und Gleichaltrigen auf die politische Teilhabe Heranwachsender

Ausgehend von den dargestellten Befunden der Jugendforschung soll im Folgenden untersucht werden, in welchem Ausmaß zentrale Instanzen der Sozialisation in der Adoleszenz (Schule, Elternhaus, Gleichaltrige) die politische Teilhabe von Jugendlichen prägen. Während vorliegende Studien vor allem auf globale soziodemographische Einflussfaktoren wie Geschlecht, Bildungsniveau der Eltern und Schulform zurückgreifen (z.B. *Oesterreich* 2002), liegt der Fokus dieser Studie vor allem auf Indikatoren der schulischen Partizipation und der Kommunikation über Politik in Schule, Familie und Freundeskreis – ohne natürlich die genannten „klassischen“ Prädiktoren zu vernachlässigen. Die zugrunde liegenden Daten basieren auf einer standardisierten Befragung von über 4.700 Schülern der 8. und 9. Klassenstufe (mittleres Alter: 14,4 Jahre) an 43 Schulen des allgemein bildenden Schulwesens in Sachsen-Anhalt und Nordrhein-Westfalen im Winter 2002/2003. Diese Befragung wurde im Rahmen der Studie „Politische Orientierungen von Jugendlichen im Rahmen schulischer Anerkennungsbeziehungen“ (vgl. *Helsper* u.a. 2006) durchgeführt. Ein besonderes Merkmal der Studie ist die Anwendung quantitativer und qualitativer Forschungsmethoden, die auf eine Triangulation der gewonnenen Daten und Befunde auf der Analyseebene zielt.

Triangulation

#### Zum Zusammenhang zwischen schulischer und politischer Partizipation

In einem ersten Schritt soll geprüft werden, inwieweit die Möglichkeiten der schulischen Partizipation – als Ausdruck einer demokratischen Schulkultur und damit Lern- und Übungsfeld für Demokratie – mit dem politischen Interesse und der politischen Partizipation von Jugendlichen im Zusammenhang stehen.

Die Operationalisierung des politischen Interesses und der politischen Partizipation der befragten 13-16jährigen Schüler sind in der Tabelle 1 mit den entsprechenden Indikatoren nach Schulform aufgeführt. Die politische Partizipation lässt sich dabei unterscheiden im Hinblick auf Beteiligungsbereitschaft und tatsächlicher Beteiligung.

Die Befunde der Tabelle 1 sind konform mit den bereits dargestellten Ergebnissen der DJI-Jugendsurveys (*Hoffmann-Lange* 1995; *Gille/Krüger* 2000): Die Bereitschaft zur politischen Beteiligung ist in allen Items ausgeprägter als die bereits ausgeführten Handlungen. Vor allem die zeitintensiven Beteiligungsformen wie die Mitarbeit in einer Schülerversammlung zeigen geringe Zustimmungswerte. Demgegenüber werden kurzzeitige Partizipationsmöglichkeiten, wie die Teilnahme an Unterschriftenaktionen, von einem deutlichen höheren Prozentsatz der befragten Jugendlichen als bereits durchgeführte Handlungen angegeben.

*Tabelle 1:* Prozentuale Zustimmung zu Kategorien der Variable „Politisches Interesse“ und „Politische Partizipation“ nach Schulform und Bundesland. (Mehrfachnennungen möglich)

	Haupt- schule NRW N = 572	Real- schule NRW N = 799	Gesamt- schule NRW N = 471	Gym- nasium NRW N = 915	Sekundar- schule LSA N = 1.036	Gym- nasium LSA N = 793
<b>Politisches Interesse:</b>						
Antwortkategorien sehr/ziemlich interessiert	7.5	14.9	13.9	19.0	7.8	17.2
<b>Politische Partizipation – Beteiligungsbereitschaft*:</b>						
Teilnahme Internetdiskussion über Politik	32.0	34.0	33.8	40.7	29.4	35.6
Mitarbeit in Schülerversretung	51.5	49.7	49.2	46.7	40.1	40.4
Teilnahme an Unterschriftenaktion	58.7	61.8	63.4	60.8	59.6	57.7
Teilnahme an Demonstration	38.1	47.4	43.4	57.7	44.3	55.9
Teilnahme an Streik	62.1	71.4	69.3	75.1	64.4	71.9
<b>Politische Partizipation – tatsächliche Beteiligung**:</b>						
Teilnahme Internetdiskussion über Politik	3.6	4.5	4.5	6.7	4.8	5.9
Mitarbeit in Schülerversretung	9.2	6.9	6.3	12.6	14.6	15.6
Teilnahme an Unterschriftenaktion	11.5	20.4	18.5	30.1	25.0	31.6
Teilnahme an Demonstration	5.8	7.6	9.1	12.5	16.9	15.8
Teilnahme an Streik	5.8	9.4	6.9	8.0	14.7	8.5

\* Prozentuale Häufigkeiten der Antwortkategorie „kommt für mich in Frage“

\*\* Prozentuale Häufigkeiten der Antwortkategorie „habe ich bereits gemacht“

Die Ausprägung des politischen Interesses und der politischen Partizipation wird im Sinne der oben aufgeworfenen Frage in Abhängigkeit von der Eröffnung schulischer Partizipationsmöglichkeiten betrachtet. Die Begriffe „schulische Partizipation“, „Schülermitbestimmung“, „Schülermitwirkung“ oder auch „Selbsttätigkeit“ sind in der empirischen Forschung und auch in der unterrichtlichen Praxis geläufige Begriffe, die jedoch höchst unterschiedlich verstanden und verwendet werden. Der semantische Gehalt reicht vom „Fingerheben“ im Unterricht, über die Mitplanungs- und Mitgestaltungsmöglichkeiten von Inhalten und Methoden im Unterricht bis hin zu den Mitwirkungsrechten von Schülerversretungen auf Schul-, Kommunal- und Landesebene (vgl. Keuffer 1996, S. 163). In der zugrunde liegenden Studie können lediglich zwei Facetten schulischer Partizipation in den Blick genommen werden: Zum einen die Mitgestaltung des Schullebens und zum anderen die Schülerbeteiligung bei der Unterrichtsgestaltung. Beide Dimensionen wurden durch entsprechende Skalen erfasst (vgl. Tabelle 2).

Tabelle 2 Skalen zur schulischen Partizipation. Mittelwerte, Standardabweichungen und Anteil der zustimmenden Antworten

Skala/Items	Mittelwert*	Standardabweichung	Zustimmung** (%)
<b>Skala „Partizipation im Schulalltag“</b>			
Schüler dürfen bei der Erstellung oder Änderung der Hausordnung mitentscheiden.	1.69	.86	17,6
Schüler dürfen Ausflüge und Schulveranstaltungen organisieren.	2.40	.87	49,4
Schüler dürfen sich an der Ausgestaltung der Schule beteiligen.	2.56	.85	59,4
Wenn Schülervertreter gewählt werden, die Vorschläge zur Lösung von Schulproblemen machen, wird es an der Schule besser.	2.35	.81	42,1
<b>Skala „Partizipation im Unterricht“</b>			
Schüler dürfen bei der Notengebung mitentscheiden.	1.64	.78	13,9
Schüler dürfen bei der Unterrichtsgestaltung mitentscheiden.	2.16	.83	35,1
Die Schüler können über Lerninhalte mitentscheiden.	1.98	.80	24,2

\* Antwortformat: 1 = trifft gar nicht zu – 4 = trifft voll und ganz zu

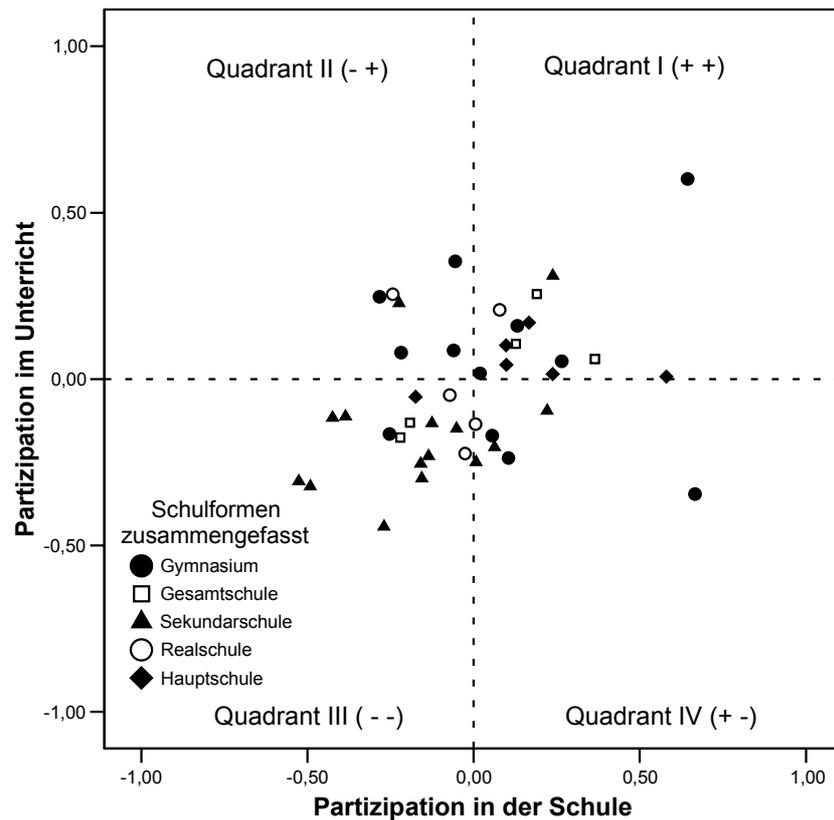
\*\* Prozentualer Anteil der Antwortkategorien 3 = trifft eher zu & 4 = trifft voll und ganz zu

Der Anteil an Zustimmungen zu den vorgelegten Items zeigt, dass die Wahrnehmung von Partizipationsmöglichkeiten durch die Schülerinnen und Schülern eine hohe Streuung aufweist. Während die Gestaltung des Schullebens (Ausflüge, Schulveranstaltungen organisieren, Beteiligung bei der Ausgestaltung der Schule) offensichtlich von einer Mehrheit der Schüler als Partizipationsfeld angesehen wird, ist der Unterricht ein Bereich, der in der Wahrnehmung der befragten Jugendlichen nur wenig Spielraum für Mitbestimmung lässt. *Keuffer* (1996, S. 167) kann anhand von Gesprächssequenzen aus Diskussionen mit Lehrern exemplarisch zeigen, dass für einige Lehrer Mitbestimmung von Schülern im Unterricht als überzogene Forderung der erziehungswissenschaftlichen/didaktischen Theorie angesehen wird, die in der Unterrichtspraxis kaum einzulösen ist. Doch eine Schule, die zwar auf der Gremienebene Demokratie zulässt, aber auf der unterrichtlichen Ebene an einem lehrerzentrierten Unterricht festhält, wird schwerlich demokratische Prinzipien als alltagskulturelle Selbstverständlichkeiten etablieren können.

auf der Gremienebene  
Demokratie – auf der  
unterrichtlichen Ebene  
lernzentrierter Unterricht

In der Abbildung 1 werden die in der Studie untersuchten Schulen in einem zweidimensionalen Koordinatensystem positioniert, das durch die Merkmalsausprägungen der Skalen ‚Schülerpartizipation bei der Gestaltung des Schullebens‘ und ‚Schülerpartizipation bei der Gestaltung des Unterrichts‘ aufgespannt wird.

Abbildung 1: Mittelwerte der Einzelschulen (z-standardisiert) in den Dimensionen „Partizipation im Schulalltag“ und „Partizipation im Unterricht“



Die im ersten Quadranten liegenden Schulen sind durch überdurchschnittliche Werte in beiden Dimensionen (Partizipation im Schulalltag & Partizipation im Unterricht) gekennzeichnet. In diesen Schulen wird – zumindest in der Wahrnehmung der befragten Schüler – sowohl eine Mitwirkung bei der Schulgestaltung als auch im Unterricht ermöglicht.

Spiegelbildlich dazu sind im dritten Quadranten diejenigen Schulen positioniert, die sowohl bei der schulischen als auch der unterrichtlichen Gestaltung unterdurchschnittliche Werte aufweisen. Im Diagramm ist zu erkennen, dass insbesondere die Sekundarschulen in Sachsen-Anhalt zu dieser Gruppe zählen. Schulen, die sich im zweiten oder vierten Quadranten positionieren lassen, sind durch einen widersprüchlichen Umgang mit Schülerpartizipation gekennzeichnet. Die Partizipationsmöglichkeiten sind jeweils nur auf einer Ebene (Unterricht oder Schulgestaltung) überdurchschnittlich ausgeprägt. Insgesamt lässt sich bei Betrachtung der Abbildung festhalten, dass eine hohe Streuung zwischen den Einzelschulen im Hinblick auf die Partizipationsmöglichkeiten besteht. Vor

allem das Gymnasium ist als Schulform in allen vier Quadranten vertreten. Haupt- und Sekundarschulen lassen sich hingegen in der Mehrheit zu jeweils einem der vier Quadranten zuordnen. Während die Sekundarschulen dabei zu denjenigen Schulen mit gering ausgeprägten Partizipationsmöglichkeiten zählen, sind bei den untersuchten Hauptschulen durchschnittliche bis überdurchschnittliche Werte im Hinblick auf schulische und unterrichtliche Partizipation beobachtbar. Bei der Interpretation der Positionierungen der Schulen ist jedoch zu beachten, dass über alle Schule hinweg betrachtet ein eher niedriges Niveau an schulischen Partizipationsmöglichkeiten für die befragten Schüler besteht.

Die oben aufgeworfene Frage des Zusammenhangs zwischen schulischer und politischer Partizipation kann aufgrund der unterschiedlichen Positionierungen der Schulen untersucht werden: Unterscheiden sich Schüler hinsichtlich ihres politischen Interesses und ihrer politischen Partizipation voneinander, wenn sie aus Schulen mit unterschiedlich ausgeprägter demokratischer Alltagskultur stammen? In der Tabelle 3 sind die Befunde entsprechender Mittelwertvergleiche dargestellt.

*Tabelle 3:* Mittelwerte der Variablen Politisches Interesse, Politische Beteiligungsbereitschaft und Tatsächliche Politische Beteiligung (z-standardisiert) nach Einordnung der Schüler in Schulen mit unterschiedlich ausgeprägten Möglichkeiten schulischer Partizipation (Quadrant I -IV)

	Schüler aus Schulen in Quadrant I N = 1.313	Schüler aus Schulen in Quadrant II N = 1.258	Schüler aus Schulen in Quadrant III N = 1.439	Schüler aus Schulen in Quadrant IV N = 575	Gesamt N = 4.585	p-Wert	$\eta^2$
	Mittelwert Standardabweichung						
Politisches Interesse	0.12 0.94	-0.01 1.00	-.09 1.06	0.04 0.96	0.00 1.00	.000	< .01
Politische Partizipation: Beteiligungsbereitschaft	0.09 0.98	-0.03 1.01	-0.07 1.01	0.04 0.97	0.00 1.00	.000	< .01
Politische Partizipation: Tatsächliche Beteiligung	0.07 1.02	-0.03 1.02	-0.02 0.97	0.01 0.99	0.00 1.00	.035	< .01

In allen drei Aspekten politischer Teilhabe lassen sich zwar signifikante (zurückzuführend auf die hohen Stichprobenumfänge) aber praktisch unbedeutende Effekte der Schulzugehörigkeit beobachten. Der Großteil der Varianz liegt zwischen den einzelnen Schülern und nicht zwischen den untersuchten Schulen. Dieses Ergebnis ist konform mit einer neueren Untersuchung, die ebenfalls die Zusammenhangserwartungen zwischen lebensweltlichen Partizipationserfahrungen und Aspekten politischer Identität von Jugendlichen im Alter von 17-18 Jahren nicht bestätigen kann (vgl. *Biedermann 2006*).

Vor dem Hintergrund des hier zu konstatierenden recht geringen Einflusses der Schulen auf das politische Interesse und die politische Teilhabe der untersuchten Jugendlichen ist nun im zweiten Schritt der Analyse zu fragen, inwieweit andere Sozialisationsinstanzen wie Familie und Gleichaltrigengruppe Einfluss auf die Herausbildung politischer Einstellungen und Verhaltensweisen ausüben.

## Der Einfluss von Schule, Familie und Gleichaltrigen auf die politische Partizipation Jugendlicher

Als erklärende, unabhängige Variablen werden in diesem Schritt der Analyse zunächst die soziodemographischen Variablen „Geschlecht“ und „Migrationshintergrund“ der Schüler betrachtet, da diese beiden Merkmale in den dargestellten Studien jeweils prädiktive Wirkungen zeigten. In Ergänzung dazu werden weitere Einflussfaktoren in den Blick genommenen, die sich in Merkmale der Schule, des Elternhauses und der Gleichaltrigengruppe unterteilen lassen (vgl. Tabelle 4).

*Tabelle 4:* Prädiktoren zur Vorhersage Politischen Interesses, Politischer Beteiligungsbereitschaft und Tatsächlicher Politischer Beteiligung von 13- bis 16jährigen Jugendlichen

Unabhängige Einflussgrößen	Indikatoren
Merkmale der Schule	<b>Schulform</b> (Haupt-, Real-, Sekundar-, Gesamtschule; Referenzkategorie: Gymnasium)
	<b>Herkunft politischer Kenntnisse: Schule</b> ( $\alpha = .51$ ) (z.B. „Woher hast Du Deine politischen Kenntnisse?“ Antworten: Lehrer oder Unterricht)
	<b>Politik als Thema in der Schulklasse</b> ( $\alpha = .77$ ) (z.B.: „In meiner Schulklasse unterhalten sich viele untereinander über politische Angelegenheiten.“)
	<b>Partizipation im Schulalltag</b> ( $\alpha = .56$ ) (z.B.: „Schüler dürfen bei der Erstellung oder Änderung der Hausordnung mitentscheiden.“)
Merkmale des Elternhauses	<b>Partizipation im Unterricht</b> ( $\alpha = .63$ ) (z.B. „Schüler können über Lerninhalte mitentscheiden“)
	<b>Politik als Thema in der Familie</b> ( $\alpha = .83$ ) (z.B. „In unserer Familie unterhalten wir uns gemeinsam über politische Angelegenheiten.“)
Merkmale der Gleichaltrigengruppe	<b>Politisches Interesse in der Familie</b> ( $\alpha = .76$ ) (Einschätzung des politischen Interesses von Mutter und Vater)
	<b>Politik als Thema unter den peers</b> ( $\alpha = .85$ ) (z.B. „Meine Freunde unterhalten sich mit anderen über Politik.“)
	<b>Politisches Interesse der peers</b> ( $\alpha = .86$ ) (Einschätzung des politischen Interesses ihres Freundeskreises)
	<b>Übereinstimmung politischer Ansichten unter den peers</b> (0 – keine Übereinstimmung, 1 – Übereinstimmung der Ansichten)

Mittels regressionsanalytischer Verfahren wird die Vorhersagekraft der einbezogenen Prädiktoren auf das politische Interesse und die politische Partizipation abgeschätzt. Aufgrund der hierarchischen Datenstruktur sowie der simultanen Modellierung von individuellen Prädiktoren und Schulmerkmalen (Schulform) kommen Mehrebenenanalysen (vgl. *Ditton* 1998) zur Anwendung (vgl. Tabelle 5).

*Tabelle 5:* Mehrebenenanalysen zur Vorhersage des Politischen Interesses, Politischer Beteiligungsbereitschaft & tatsächlicher Politischer Beteiligung (stand. Regressionskoeffizienten)

Prädiktoren	Modell 1 Interesse	Modell 2 Bereit- schaft	Modell 3 Beteiligung
<b>Schülerebene</b>			
Geschlecht (0 – Jungen, 1 – Mädchen)	-.14 **	.11 **	n.s.
Migrationshintergrund (0 – kein, 1 – Migrationshintergrund)	n.s.	n.s.	n.s.
Politische Kenntnisse in der Schule erworben	n.s.	.11 **	n.s.
Politik als Thema in der Schulklasse	.19 **	n.s.	.12 **
Partizipation im Schulalltag	n.s.	n.s.	n.s.
Partizipation im Unterricht	.04 *	n.s.	n.s.
Politik als Thema in der Familie	.19 **	.08 **	n.s.
Politisches Interesse der Eltern	.12 **	.06 *	n.s.
Politik als Thema unter den peers	.12 **	n.s.	.13 **
Politisches Interesse der peers	.13 **	n.s.	.10 **
Übereinstimmung politischer Ansichten d. peers	.05 *	n.s.	n.s.
<b>Schulebene</b>			
Schulform (Referenz: Gymnasium)			
Hauptschule Nordrhein-Westfalen	n.s.	n.s.	n.s.
Realschule Nordrhein-Westfalen	n.s.	n.s.	n.s.
Sekundarschule Sachsen-Anhalt	n.s.	-.07 *	.09 **
Gesamtschule Nordrhein-Westfalen	n.s.	n.s.	n.s.
Aufgeklärte Varianz auf Individualebene (R <sup>2</sup> )	.39	.07	.11

\*  $\alpha < .05$ ; \*\*  $\alpha < .01$ ; n.s. – nicht signifikant

Im ersten Modell ist das politische Interesse der Jugendlichen die abhängige Variable. Alle drei betrachteten Sozialisationsinstanzen zeigen signifikante Einflüsse auf das politische Interesse. Der im Forschungsstand referierte Geschlechtseffekt bleibt dabei erhalten. Auch in dieser Studie zeigen die Mädchen ein geringeres politisches Interesse als ihre befragten männlichen Mitschüler.

Die demokratische Alltagskultur einer Schule – operationalisiert über die beiden Skalen zur schulischen Partizipation – ist hier analog zu den Befunden aus Tabelle 3 mit einem als unbedeutend zu charakterisierenden Einfluss verbunden. Interessanterweise ist die Kommunikation der Schulklasse über Politik ein weitaus stärkerer Prädiktor bei der Vorhersage politischen Interesses. Die beiden Sozialisationsinstanzen Familie und Gleichaltrigengruppe zeigen in allen Prädiktoren substantielle Zusammenhänge mit dem politischen Interesse der befragten Jugendlichen. Die Schulformen weisen bei der Kontrolle der individuellen Merkmale keinen davon unabhängig bestehenden Zusammenhang mit dem politischen Interesse auf.

Eine insgesamt deutlich geringe Varianzaufklärung zeigen die einbezogenen Prädiktoren bei der Vorhersage der politischen Beteiligungsbereitschaft (Modell 2). Auch hier ist zwischen den Merkmalen einer demokratische Schulkultur und der Bereitschaft zum politischen Handeln kein Zusammenhang feststellbar. Dagegen weist die Vermittlung von politischen Kenntnissen durch die Schule einen signifikanten Einfluss auf die politische Beteiligungsbereitschaft auf. Ebenfalls

signifikant ist der Einfluss des Geschlechts, der hier aber eine andere Richtung als im ersten Modell aufweist: Mädchen zeigen eine tendenziell höhere Bereitschaft als Jungen, sich an Formen politischer Partizipation zu beteiligen. Alle weiteren Effekte sind als gering einzuschätzen und tragen letztendlich auch nicht zu einer substantiellen Varianzaufklärung in der Beteiligungsbereitschaft bei.

Im dritten Modell der Vorhersage tatsächlicher politischer Beteiligung ist die Kommunikation über Politik in der Schulklasse ein signifikanter Prädiktor. Im Gegensatz zum zweiten Modell zeigen hier die Merkmale des Umgangs mit Politik in der Gleichaltrigengruppe Zusammenhänge mit der politischen Teilhabe von Jugendlichen. Vorbildwirkungen des Freundeskreises bei der Teilnahme an den Formen politischer Partizipation könnten dafür als Erklärung herangezogen werden. In diesem Modell zeigt das Geschlecht bei Kontrolle der weiteren einbezogenen Prädiktoren keinen Einfluss auf die tatsächlich durchgeführten Handlungen. Interessant ist hier der einzig signifikante Schuleffekt: Die Sekundarschüler in Sachsen-Anhalt weisen eine leicht höhere politische Teilhabe auf als die gleichaltrigen Gymnasiasten. Dieser Befund erhält seine Plausibilität vor dem Hintergrund der sich ständig verändernden Schullandschaft Sachsens durch Schulschließungen und Schulfusionen. Diesem Prozess waren in den letzten Jahren vor allem die Sekundarschüler ausgesetzt, die ihren Unmut über behördlich verordnete Schulzusammenlegungen oder sogar -schließungen durch Schülerstreiks oder Demonstrationen Ausdruck verliehen.

#### 4. Diskussion der Befunde

Bei der Interpretation der gewonnenen Befunde muss zunächst auf den querschnittlichen Charakter der vorliegenden Daten verwiesen werden. Eine kausalanalytische Betrachtung, wie sie in der Formulierung von Sozialisationswirkungen immanent enthalten ist, kann nur über längsschnittliche Studie erfolgen. Sind aber die in der Jugendforschung postulierten Zusammenhänge zwischen Sozialisationsagenten und den Aspekten politischer Identität schon aufgrund von Querschnittsdaten zurückzuweisen, so sind entsprechende theoretische Modifikationen geboten.

Die Befunde zeigen zunächst, dass die oft zitierte Abhängigkeit politischer relevanter Einstellungen vom formalen Bildungsniveau dahingehend interpretiert werden kann, dass sich hier nicht die Wirkungen unterschiedlicher schulischer Entwicklungsmilieus manifestieren, sondern dass eher die primären Ungleichheiten in der politischen Sozialisation in Familie und Freundeskreis, also unterschiedliche Ausgangslagen der Schülerschaft, zu den beobachtbaren Disparitäten in der politischen Teilhabe beitragen. Mit anderen Worten: Ein politisch interessiertes Elternhaus oder die Einbindung in einen politisch engagierten Freundeskreis steigert für einen Jugendlichen unabhängig von der besuchten Schulform die Wahrscheinlichkeit, politisch interessiert und engagiert zu sein.

Die primären Ungleichheiten in der politischen Sozialisation tragen zu den beobachtbaren Disparitäten in der politischen Teilhabe bei

Aufgrund der beobachtbaren Befunde ist festzuhalten, dass nicht die Schule allein in die Pflicht genommen werden sollte, wenn über mangelndes politisches Interesse oder fehlende politische Partizipation der nachwachsenden Generation geklagt wird. Analog zu ergänzenden Analysen der PISA-Studie (vgl. *Meier* 2004) lassen sich aus den dargelegten Befunden vor allem Forderungen ableiten, die nicht nur auf eine Veränderung schulischer Bedingungen abzielen, als vielmehr eine Verbesserung der Lern- und Lebensbedingungen der Jugendlichen in den Blick nehmen. Bezogen auf die Heranführung an politische Themen ist vor allem auch die Familie in die Pflicht zu nehmen, die durch eine aktive Auseinandersetzung mit politischen Themen in der innerfamiliären Kommunikation und ein vorgelebtes politisches Engagement (z.B. an Demonstrationen teilnehmen oder regelmäßig zur Wahl gehen) eine grundlegende Basis für eine aktive politische Partizipation der nachwachsenden Generation legen kann.

Die Schule darf vor dem Hintergrund der vorgetragenen Argumente jedoch nicht gänzlich aus ihrer Pflicht entlassen werden, auch ein Lern- und Übungsfeld demokratischer Teilhabe zu sein. Wie die deskriptiven Auswertungen zeigen, ist die Eröffnung schulischer und unterrichtlicher Partizipationsgelegenheiten auf einem insgesamt niedrigen Niveau angesiedelt. Die schwachen Effekte schulischer Einflüsse auf die politische Teilhabe Jugendlicher können daher auch auf die wenig vorhandenen Möglichkeiten der Partizipationserfahrungen im schulischen Raum zurückzuführen sein. Diese Interpretation wird durch die qualitativen Auswertungen der vorliegenden Studie (vgl. *Helsper* u.a., 2006) gestützt, die zeigen, dass Schule vor allem dann ihr politisches Bildungspotenzial entfaltet, wenn sie den Jugendlichen Erfahrungen der Partizipation und eines demokratischen Umgangs miteinander ermöglicht. Dies gilt vor allem für diejenigen Jugendlichen, die entsprechende Anregungen im Elternhaus nicht oder nur im geringen Umfang erfahren.

## Literatur

- Avenarius, H./Ditton, H./Döbert, H./Klemm, K./Klieme, E./Rürup, M./Tenorth, H.-E./Weishaupt, H./Weiß, M.* (2003): Bildungsbericht für Deutschland. Erste Befunde. – Opladen.
- Biedermann, H.* (2006): Junge Menschen an der Schwelle politischer Mündigkeit Partizipation: Patentrezept politischer Identitätsfindung? – Münster
- Claußen, B./Geißler, R.* (Hrsg.) (1996): Die Politisierung des Menschen. Instanzen der politischen Sozialisation. – Opladen, S. 15-48
- Ditton, H.* (1998): Mehrebenenanalyse. Grundlagen und Anwendungen des Hierarchisch Linearen Modells. – Weinheim
- Eder, F.* (Hrsg.) (1995): Das Befinden von Kindern und Jugendlichen in der Schule. – Innsbruck
- Eder, F.* (1998): Schule und Demokratie. Untersuchungen zum Stand der demokratischen Alltagskultur an Schulen. – Innsbruck
- Frazer, E.* (1999): Introduction: The Idea of Political Education. *Oxford Review of Education*, 25, 1+2: 5-22
- Gaiser, W./de Rijke, J.* (2000): Partizipation und politisches Engagement. In: *Gille, M./Krüger, W.* (Hrsg.): Unzufriedene Demokraten. Politische Orientierungen der 16- bis 29jährigen im vereinigten Deutschland. – Opladen, S. 267-323
- Gille, M./Krüger, W.* (Hrsg.): Unzufriedene Demokraten. Politische Orientierungen der 16- bis 29jährigen im vereinigten Deutschland. – Opladen

- Helsper, W./Krüger, H.-H./Fritzsche, S./Sandring, S./Wiezorek, C./Böhm-Kasper, O./Pfaff, N.* (Hrsg.) (2006): Unpolitische Jugend? Eine Studie zum Verhältnis von Schule, Anerkennung und Politik. – Wiesbaden
- Hahn, C. L.* (1999): Citizenship Education: an empirical study of policy, practices and outcomes. *Oxford Review of Education*, 25, 1+2: 231-250
- Hoffmann-Lange, U.* (1995): Jugend und Demokratie in Deutschland. DJI-Jugendsurvey 1. – Opladen
- Kaase, M.*: Partizipation. In: *Nohlen, D.* (Hrsg.): Wörterbuch Staat und Politik. – München, S. 466-471
- Keuffer, J.* (1996): Schülerpartizipation in Schule und Unterricht. In: *Helsper, W./Krüger, H.-H./Wenzel, H.* (Hrsg.): Schule und Gesellschaft in Umbruch, Bd.2. – Weinheim, S. 160-181
- Kötters-König, C.* (2002): Zur Bedeutung familialer Erfahrungen für die politische Aktivitätsbereitschaft von Jugendlichen. In: *Krüger, H.-H./Reinhardt, S./Kötters-König, C./Pfaff, N./Schmidt, R./Krappidel, A./Tillmann, F.* (Hrsg.): Jugend und Demokratie – politische Bildung auf dem Prüfstand. – Opladen, S. 179-209
- Krampen, G.* (1998): Vorhersage politischer Partizipation und Entwicklung politischer Handlungsorientierungen im Übergang vom Jugend- zum frühen Erwachsenenalter. *Zeitschrift für Entwicklungspsychologie und Pädagogische Psychologie*, 30, 2: 80-88
- Krüger, H.-H./Pfaff, N.* (2005): Triangulation. In: *Helsper, W./Böhme, J.* (Hrsg.): Handbuch der Schulforschung. – Wiesbaden, S. 159-182
- Kuhn, H.-P./Schmid, C.* (2004): Politisches Interesse, Mediennutzung und Geschlechterdifferenz. Zwei Thesen zur Erklärung von Geschlechtsunterschieden im politischen Interesse von Jugendlichen. In: *Hoffman, D./Merkens, H.* (Hrsg.): Jugendsoziologische Sozialisationstheorien. Impulse für die Jugendforschung. – Weinheim, S. 71-89
- Meier, U.* (2004): Familie, Freundesgruppe, Schülerverhalten und Kompetenzerwerb. In: *Schümer, G./Tillmann, K.-J./Weiß, M.* (Hrsg.): Die Institution Schule und die Lebenswelt der Schüler. Vertiefende Analyse der PISA-2000-Daten zum Kontext von Schülerleistungen. – Wiesbaden, S. 187-216
- Niemi, R./Chapman, C.* (1999): The Civic Development of 9th- through 12th-Grade Students in the United States: 1996. Statistical Analysis Report. – Washington
- Oesterreich, D.* (2002): Politische Bildung von 14-Jährigen in Deutschland. Studien aus dem Projekt Civic Education. – Opladen
- Oswald, H./Schmid, C.* (1998): Political participation of young people in East Germany. *German Politics*, 7: 147-164
- Reinders, H.* (2001): Politische Sozialisation Jugendlicher in der Nachwendezeit. Forschungsstand, theoretische Perspektiven und empirische Evidenzen. – Opladen
- Reinhardt, S./Tillmann F.* (2002): Politische Orientierungen, Beteiligungsformen und Wertorientierungen. In: *Krüger, H.-H./Reinhardt, S./Kötters-König, C./Pfaff, N./Schmidt, R./Krappidel, A./Tillmann, F.* (Hrsg.): Jugend und Demokratie – politische Bildung auf dem Prüfstand. – Opladen, S. 43-74
- Schneider, H.* (1995): Politische Partizipation – zwischen Krise und Wandel. In: *Hoffmann-Lange, U.* (Hrsg.): Jugend und Demokratie in Deutschland. DJI-Jugendsurvey 1. – Opladen, S. 275-336
- Tourney-Purta, J./Lehmann, R./Oswald, H./Schulz, W.* (2001): Citizenship and education in twenty-eight countries. Civic knowledge and engagement at age fourteen. – Amsterdam
- Tourney-Purta, J./Richardson W. K.* (2002): Trust in Government and Civic Engagement among Adolescents in Australia, England, Greece, Norway, and the United States. – Boston
- Weiss, K./Rebenstorf, H.* (2003): Bildungswege, politische Partizipation und Demokratieverständnis – Junge Menschen in Brandenburg. *ZSE*, 2: 127-146